

# Der Maler

## Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Er erscheint Sonnabends, Bezugsspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spfr.: 44 28 86. Postsch.: Verbandsvertr. d. Verb. Hamb. 11598  
16. Jahrgang **Hamburg, 21. Mai 1932** Nummer 21

### Von den Lohnverhandlungen für das Reichsstarckgebiet

Der durch das Pfingstfest notwendige frühere Redaktionsschluss gibt uns leider nicht die Möglichkeit, den Kollegen das Resultat der beim Schreiben dieser Zeilen noch fortgeführten Lohnverhandlungen, die in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums in Berlin, unter dem Vorsitz des amtlichen Schlichters für Pommern, Herrn Regierungsrat Tincauer, stattfinden, mitzuteilen. Die beiderseitigen Organisationsvertreter traten am Donnerstag, 12. Mai, vormittags 9.30 Uhr, zusammen. Wie schon bei den ersten Verhandlungen im April, diesmal aber verschärft durch die inzwischen

durch das Verhalten der Arbeitgeber herbeigeführte Situation, plakten die Geister wieder heftig aufeinander. Von beiden Seiten wurden die Gründe und Gegengründe, ganz prägnant herausgearbeitet, vorgebracht. Wie das Ergebnis der jedenfalls zwei Tage dauernden Verhandlungen sein wird, ist zur Zeit noch nicht klar erkennbar. Die Filialen erhalten sofort nach Fällung des Schiedspruches nähere Mitteilung.

Für Rheinland-Westfalen wurde am 11. Mai ein Schiedspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 13 bis 15 % vorsieht.

Von einer Milderung oder Einschränkung der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik und ihrer Aufgaben kann daher keine Rede sein. Anders steht es mit ihrer tatsächlichen Auswertung. In dieser Hinsicht kann der Standpunkt vertreten werden, daß den Zeiterfordernissen entsprechend eine stärkere Konzentration der gewerkschaftlichen und politischen Kräfte der Arbeiterchaft auf bestimmte Forderungen angebracht erscheint. Ein Beispiel hierfür bietet der gegenwärtige Kampf gegen den Faschismus durch die „Eiserne Front“. Dem Abwehrkampf der Gewerkschaften gegen die Bestrebungen der Unternehmer, die Wirtschaftskrise in noch stärkerer Maße zu ihren Gunsten auszunutzen, die Arbeiter wirtschaftlich und sozial noch tiefer herunterzubringen, steht zwar die Zersplitterungstätigkeit der rechts- und linksradikalen Kreise schwer hindernd im Wege. Das darf jedoch nicht abschrecken! Jeder Tag zeigt, wie sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt immer katastrophaler zuspitzen. Die Gewerkschaften haben diese Zuspitzung nicht unbeachtet gelassen, sondern in dringendster Form Arbeitsbeschaffung, Verkürzung der Arbeitszeit, Erweiterung und zweckmäßigerer Regelung der Arbeitslosenfürsorge gefordert. Geschehen ist jedoch in dieser Richtung sehr wenig. Hierin muß eine Milderung eintreten und gegebenenfalls durch stärkere Aufrüttelung der Öffentlichkeit wie der Arbeiter herbeigeführt werden, wenn es nicht zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch mit seinen unabsehbaren Folgen kommen soll.  
M. A. T. U. T.

### Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik

Die nun schon über zwei Jahre andauernde Wirtschaftskrise hat besonders die arbeitenden Volksschichten in Mitleidenschaft gezogen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltsabbau sowie Verschlechterungen der sozialen Versicherungen und Fürsorgeleistungen üben einen unheilvollen Einfluß auf ihre Lebenshaltung aus und rufen steigende Erbitterung und Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen hervor. Die Gewerkschaften haben diese Entwicklung aufs schärfste bekämpft. Ihre auf die Herbeiführung normaler Wirtschaftsverhältnisse gerichteten Forderungen fanden jedoch bei der Regierung wie den sonstigen maßgebenden Stellen nur geringe Beachtung. Unter dem Druck der Krise wurden die Gewerkschaften zunehmend in eine Abwehrstellung hineingedrängt, die es ihnen nur zum Teil möglich machte, die von den Unternehmern angestrebten Lohnkürzungen und sozialen Verschlechterungen zu verhindern. Was sie erreichen konnten, waren nur Milderungen weitergehender Härten. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist auch dieser Erfolg nicht zu unterschätzen, besonders weil sie es fertig brachten, trotz der Krise ihre organisatorische Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten. Das fällt um so mehr ins Gewicht, als die Gegner der Gewerkschaftsbewegung nichts unversucht ließen, um durch ihre struppellose und demagogische Heße das Vertrauen der Arbeiterchaft in die gewerkschaftliche Tätigkeit zu untergraben.

Diese Absicht ist weder von den Nationalsozialisten, noch von den kommunistischen Gewerkschaftsgegnern erreicht worden. Nach ihrem eigenen Eingeständnis gelang es ihnen nur, in den der Gewerkschaftsbewegung indifferent gegenüberstehenden Arbeiterkreisen Anhänger zu gewinnen, deren wirtschaftspolitische Einsicht nicht ausreichte, die Inhaltslosigkeit der radikalen Phrasenlogie von rechts und links zu erkennen. Dennoch läßt es das Geschrei der Gewerkschaftsgegnern über ihre angeblichen Fortschritte begreiflich erscheinen, wenn hier und da Zweifel und Besorgnisse darüber auftauchen, ob die von den Gewerkschaften verfolgte Wirtschaftspolitik richtig ist oder einer Milderung bedarf. Derartige Befürchtungen machen sich in Krisenzeiten immer bemerkbar, um schließlich mit ihnen zu verschwinden.

Die von den Gewerkschaften vertretene Wirtschaftspolitik verbietet ihnen, sowohl bei ihrer Tätigkeit wie bei ihrer Agitation auf das niedrige Niveau der rechts- und linksradikalen Gegner herabzusteigen. Sie müssen es ablehnen, ihrem Beispiel zu folgen, den Arbeitern unerfüllbare Versprechungen zu machen oder bei ihnen Illusionen dahin zu erwecken, daß es nur einer einzigen größeren Anstrengung, eines Putsches oder einer politischen Umwälzung bedarf, die gegenwärtige, noch dazu internationale Wirtschaftskrise zu beseitigen und mit ihr die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in für die Arbeiterklasse günstigen Sinn umzugestalten. Das ist, wie die Dinge in Rußland und Italien beweisen, weder den Kommunisten mit ihrem angestrebten deutschen Sowjetstaat, noch den Nazis mit dem Dritten Reich möglich, in dem der Faschismus zur Herrschaft gebracht werden soll. Nur eine organische, planvolle, sich auf demokratischer Grundlage vollziehende, auf alle Teile des Wirtschaftswesens erstreckende Um- und Ausbautätigkeit kann eine Besserung herbeiführen. In diesem Sinne sind die Gewerkschaften bisher tätig gewesen und werden es auch in der Folge sein.

Die von den Gewerkschaften vertretene Wirtschaftspolitik ergibt sich zwangsläufig aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, wird also nicht willkürlich von ihnen bestimmt. Ihrem Willen entspricht nur das angestrebte Ziel: die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, die Sozialisierung der Wirtschaft und die Her-

beiführung der sozialistischen Gesellschaft. Die hierzu geeigneten Mittel anzuwenden, ist ihre wirtschaftspolitische Aufgabe. In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung war die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik verhältnismäßig einfach. Die geringe Stärke der Gewerkschaften nötigte sie dazu, sich auf die Erringung höherer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und den Schutz der Arbeiter vor den Gefahren des Betriebes zu beschränken.

Dabei zeigte sich jedoch nur zu oft, daß die erzielten Erfolge recht problematischer Natur und von kurzer Dauer waren, weil sie durch die wirtschaftspolitischen Einflüsse mehr oder weniger beeinträchtigt wurden. Diese Einflüsse auszuschalten oder abzuschwächen, waren deshalb die Gewerkschaften mit ihrer zunehmenden Stärke genötigt, ihren Aufgabenzweck sowie ihre wirtschaftspolitische Tätigkeit immer weiter auszuweihen. Sie mußten verhindern, daß ihre lohnpolitischen Erfolge durch Arbeitslosigkeit, vorzeitige Erwerbsunfähigkeit der Arbeiter oder Zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Vorteil der Agrarier und Unternehmer geschwächt oder gegenstandslos gemacht wurden, was nur durch die Anpassung ihrer Wirtschaftspolitik an die bestehenden Verhältnisse zu erreichen war.

Ihre Wirtschaftspolitik erstreckt sich denn auch so ziemlich auf alle Wirtschaftsgebiete und greift selbst auf die innere und äußere Staatspolitik über. Das ist notwendig, weil die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge nicht von einander zu trennen sind, das eine das andere bedingt. Das gleiche ist bei den Unternehmern zu beobachten, deren wirtschaftliche Organisationen durch gleich gerichtete politische Organisationen unterstützt werden, lediglich zu dem Zwecke, die wirtschaftliche und politische Macht der Unternehmer und damit ihren Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu erhöhen. Die Gewerkschaften dürfen in ihren Bemühungen, den gleichen Einfluß, mehr wirtschaftliche und politische Macht zu erlangen, hinter den Unternehmern nicht zurückbleiben. In der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterklasse bietet sich ihnen hierfür die erforderliche Grundlage, die sie sich durch die Zersplitterungsarbeit ihrer Gegner nicht zerstören lassen dürfen.

In dem Kampfe um stärkeren wirtschaftlichen und politischen Einfluß befinden sich die Gewerkschaften in einer ungünstigeren Position als die Unternehmer. Schon durch den Besitz der Produktionsmittel verfügen letztere über eine größere wirtschaftliche und politische Macht als die Arbeiter. Daneben steht der Vorteil, daß die organisatorische Zusammenfassung der Unternehmer leichter ist und durch den Staat gefördert wird. Die Gewerkschaften haben noch nie eine derartige Förderung erfahren, sondern waren stets auf die eigene Kraft angewiesen. Lange Zeit sind sie sogar vom Staat und seinen Organen bekämpft und in ihrer Entwicklung gehemmt worden. Jede Einschränkung der Sozialversicherung, des Tarifs und Schlichtungswesens, des Arbeiterschutzes usw. ist mit einer Schwächung der wirtschaftlichen Widerstandskraft der Arbeiter sowie einer Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes verbunden, die abgewehrt werden muß.

Das trifft auch für die von den Gewerkschaften im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik angestrebte Wirtschafts-demokratie zu. Die Forderung der Wirtschafts- und Betriebsdemokratie hat mit Harmoniebulleie, Aufgabe oder Verwässerung des Klassenkampfgedankens nichts zu tun. Sie ist vielmehr ein durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingtes Erfordernis und schließlich auch selbstverständlich. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die geforderte wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften mit den Unternehmern sowie deren Organisationen zu verweigern. Und es käme wirtschaftlichem Selbstmord gleich, darauf zu verzichten.

### Geringer Rückgang der beruflichen Arbeitslosigkeit im April

Das ausgeprägte Schaffmächertum der Führer der Arbeitgeberverbände im deutschen Malergewerbe im gegenwärtigen Lohnstreik kann nicht anders denn als übermäßigeres Kraftmeiertum bezeichnet werden. Es ist hervorgerufen und genährt durch den auch heute noch überwältigenden Umfang der beruflichen Arbeitslosigkeit und findet seinen Niederschlag in den ständigen Klagen gegenüber der Rundschau und in aller Öffentlichkeit, daß die Malerlöhne viel zu hoch und für das Gewerbe seit langem nicht mehr tragbar seien. Ob sich die Herren Malermeister der psychologischen Auswirkungen ihres Geschreies bewußt sind, mag dahingestellt sein. Jedenfalls tun sie alles, um die Auftraggeber zu veranlassen, mit den zu vergebenden Arbeiten bis nach Beendigung der bestehenden Lohnstreiks zu warten und bis zur Festlegung der von ihnen als „wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht“ bezeichneten Löhnen zurückzuhalten, obwohl so mancher Malermeister während seiner Unternehmerrückkehr gewiß schon mehrfach die Erfahrung hat machen müssen, daß einmal hinausgeschobene Aufträge nicht selten für das betreffende Jahr überhaupt verloren sind. Aber das scheint nebenächlich; viel wichtiger scheint den Herren zu sein, den Gehilfen wieder einmal den Unternehmerstandpunkt klarmachen zu können.

Monat	Es berichtenden Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Vollmitglieder entfallende Arbeitslose der letzten Monatswoche	
	1931	1932	1931	1932	1931	1932	1931	1932
Januar..	166	171	53 977	49 825	36 133	39 329	77,3	89,7
Februar..	172	166	56 468	49 027	36 890	38 462	76,3	89,1
März...	161	164	55 058	49 781	31 926	36 707	67,9	83,8
April...	160	160	55 447	45 951	28 714	31 838	60,5	77,9
Mai...	163	—	55 761	—	26 441	—	55,4	—
Juni...	152	—	51 968	—	25 106	—	56,6	—
Juli...	160	—	53 737	—	28 286	—	60,3	—
August..	161	—	53 034	—	31 776	—	68,9	—
Septemb.	160	—	53 226	—	33 539	—	72,4	—
Oktober..	167	—	51 243	—	35 244	—	79,4	—
Novemb.	166	—	51 171	—	37 620	—	84,8	—
Dezember	169	—	51 046	—	39 136	—	88,4	—

Wie gering die saisonbedingte Entlastung des beruflichen Arbeitsmarktes in diesem Frühjahr bisher war, zeigen die Ermittlungen unseres Verbandes. In 160 Filialen mit 45 951, davon 81 weiblichen Mitgliedern, wurden am 30. April 31 816 männliche und 22 weibliche, zusammen 31 838 arbeitslose Mitglieder gezählt. Das sind 69,3 % der Gesamtmitgliedschaft; bei Abrechnung der 5108 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge 77,9 % der Gehilfenmitglieder, und, wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist, gegenüber dem Ende des Vormonats ein Rückgang um nur 5,9 %.

Weitere 1334 Kollegen oder 4 % der Gesamtmitgliedschaft waren trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit auf Kurzarbeit gestellt. Die Arbeitszeit war verkürzt auf 897 männliche und 10 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, für 408 männliche und 11 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, für 295 männliche und

14 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und für 199 männliche Beschäftigte um 25 und mehr Stunden die Woche.

In unserm Gewerbe herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Die Erbitterung der Kollegenschaft über das Vorgehen der Arbeitgeberverbände, das selbst in Unternehmerkreisen als überaus brutal bezeichnet wird, ist durchaus verständlich.

Nicht berichtet haben die Filialen Uffenhagen, Grimnitzschau, Cuxhaven, Heibelberg, Hindenburg, Jüterbog, München, Neumünster, Neumied, Nürnberg, Dirmasens, Rathenow, Schneidemühl, Schwäbisch-Gmünd, Erier, Weiden und Weiskammer.

Die Pläne der Hitlerpartei in den Betrieben

„Wir (Nazis) dürfen in der Politik kein Mittel scheuen.“ Betr.: Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebs-Markismus.

Einleitung. Es ist wiederholt in Rundschreiben sowohl auch in Führerbesprechungen betont worden, daß die NSD. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) keine Gewerkschaft ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen.

Es muß jedem einzelnen Pgs., der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSD. anzugehören.

Verreaktionen im Jahre 1932. Es muß jedem einzelnen Pgs., der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSD. anzugehören.

Von den einzelnen Gau-Bez. (Bezirksleitungen) und Abz. (Unterbezirksleitungen) muß eine Betriebsversammlung organisiert werden, und zwar so, daß eine die andere ablöst.

Als eine Betriebszelle aus eigener Kraft heraus fähig, eine Betriebsversammlung einzuberufen, so braucht hiervon die Ortsgruppenleitung lediglich nur verständigt und herangezogen zu werden.

Rumpel

Von Alexander von Sacher-Masoch.

In einer Ruhrzede verunglückte der sechzigjährige Bergarbeiter Stephan B. anlässlich eines Grubenunglücks. Der alte Mann wurde an sich nur leicht verletzt, war jedoch außerstande, vom Boden des Schachtes hervorzukriechen, wo er sich in höchster Gefahr befand.

Als der alte Stephan, durch das Brüllen gewarnt, das ihm aus dem dunklen Mund jenes Schachtes entgegenstieß, der, wie er meinte, zur Freiheit führte, — als der alte Stephan in letzter Minute unter brechendem Gebälk beiseite sprang, war es zu spät.

Dieser dumpfen Schrei inmitten der tauben Stille, die der schwebenden Einsamkeit folgte, vernahm ein junger Rumpel im Vorderhollen C. Er löste die mächtigen Hände vom Griff des Hammers, den er mit letzter Anstrengung vorwärts trieb und sprang, der Gefahr nicht

DIE EISERNE FRONT

Uns reißt die Geduld! Wir haben es satt! Heraus, wer noch zwei Fäuste hat! Wir machen jetzt Schluß! Es wird uns zuviel, Es wird uns zu bunt das Narrenspiel!

Werden eigne Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren.

In Betriebszeitungen ist vor allem aufs Schärfste das heutige System anzugreifen, sowie die arbeiterverräterische Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bonzen.

Die NSD.-Betriebsräte sind in ganz besonderem Sinne Amtswalter. Jeder nationalsozialistische Betriebsrat ist ein vorgeschobener Posten in den vordersten feindlichen Linien.

Die akute Gefahr droht nun weniger von Seiten der NSD. und KPD. als von Seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften.

achtend, der Stimme nach, in den mörderischen Schacht. Dort sah er den alten Mann auf dem Rücken liegend und gewahrte den riesigen, losgelösten Balken über ihm, der langsam herabglitt.

festgestellt werden, wo ein Arbeitsplatz frei wird oder ein solcher freigemacht werden könnte.

Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden Marxisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Absicht festzustellen.

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhegte.

Dieses Dokument einer sauberen Gesellschaft vermittelt Zeile für Zeile sehr aufschlußreiche Kenntnisse. Soviel Heuchelei nach außen und Knechtlichkeit gegenüber dem Arbeitgeber nach innen ist wohl kaum jemals verkoppelt worden.

Die Unterforschung auf Bleierkrankung und Bleigefährdung. In der Berliner Maler-Zeitung, Nummer 19, vom 7. Mai 1932, gibt der Vertrauensarzt der Berliner Malerinnung, Dr. Friedrich Falkenberg, einen Bericht über die Unterforschung auf Bleierkrankung und Bleigefährdung im Jahre 1931.

preßt. Sein Gesicht lief rot an, die Augen traten ihm aus den Höhlen und er hatte das Gefühl, als müßten im nächsten Augenblick seine Stirnabern zerpringen.

„Rumpel“, sagte er, „Rumpel, du hast gute, alte Augen!“ Dann setzte er sich schwer auf die Erde, um auszurufen.

Wohnung des Verfassers dieses Aufsatzes, nachmittags zwischen 17 und 18 Uhr, statt; bei größeren Betrieben auch an der Arbeitsstelle selbst. Weiterhin muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich eigentlich nicht um eine ganz eingehende Untersuchung handeln kann, sondern zunächst nur um Gesundheitsbefragungen: es soll auf überstandene Krankheiten, besonders frühere Bleierkrankungen, gefahndet werden, der Allgemeinzustand soll beurteilt werden, ob Zeichen von Blutmangel oder allgemeiner Körperschwäche vorhanden sind; ganz besonders muß auf Krankheitserscheinungen am Nervensystem geachtet werden, die vielleicht auf beginnende Bleierkrankung hinweisen. Sehr wichtig ist die Prüfung des Gebisses, Prüfung auf Vorhandensein von Bleisaum usw. Finden sich solche Früh Symptome, die den Verdacht auf Bleierkrankung erregen, dann ist eine genaue Untersuchung erforderlich, die hauptsächlich die mikroskopische Untersuchung des Blutes notwendig macht. Es besteht ganz zweifellos eine große Schwierigkeit, eine Bleierkrankung mit genügender Sicherheit sofort festzustellen, da man erst aus der Summe der Krankheitserscheinungen und aus dem Blutbefund auf das Vorhandensein einer Bleivergiftung schließen kann.

Die Untersuchungsergebnisse an sich sind durchaus als günstig zu bezeichnen. Das ist nur in erster Linie auf unsere gut funktionierende Krankenversicherung zurückzuführen; denn alle an Bleivergiftung erkrankten Arbeitnehmer sind in den allermeisten Fällen schon vorher ausgesondert und behandelt worden. Meistens handelt es sich darum, Wiedererkrankungen zu verhüten. Mehrfach ist beobachtet worden, daß frühere Bleikranke vollständig ausgeheilt waren und wieder ihre Tätigkeit ausüben konnten. Das ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß heute kein Arbeitnehmer sich lange mit Bleierkrankung schleppt. Die Erkrankung wird früh erkannt und heilt daher viel öfter vollständig aus im Gegensatz zu früheren Zeiten. Hinzu kommt, daß der intelligenteste, großstädtische Arbeiter gelernt hat, auf seinen körperlichen Zustand und auf Krankheitserscheinungen zu achten, und sich rechtzeitig in ärztliche Behandlung begibt. Vielfach ist auch, besonders in früheren Jahren, beobachtet worden, daß Arbeiter harmlosen und unbedeutenden körperlichen Unbequemlichkeiten eine übertriebene Beachtung geschenkt haben, und manche Verstopfung und mancher Leibschmerz ist zunächst einmal schon als „Bleikolik“ gestempelt worden, bis die Blut- und andern Untersuchungen die Ungefährlichkeit erkennen ließen.

Etwas ist mir jedoch als Untersucher aufgefallen, und das ist der geradezu unglaubliche Zustand der Zähne, des Gebisses eines größten Teils der Arbeitnehmer, besonders der älteren Jahrgänge. Man wundert sich, daß mit solchen Resten von Zähnen überhaupt noch gekaut werden kann, daß nicht schwerere Verdauungsbeschwerden sich bemerkbar machen. Die jüngere Generation hat ja bereits gelernt, größeren Wert auf den Zustand des Gebisses zu legen, aber auch bei der Jugend sind doch recht oft noch schlechte, kariöse Zähne zu beobachten; Man muß sagen, daß in den meisten Fällen die Arbeitnehmer selbst mit einem großen Teil der Schuld tragen, weil die nötige Zahnpflege vielfach versäumt wird. Als bedauerlich ist es zu bezeichnen, daß die Krankenkassen die Kosten für Entfernung von Zahnfleisch nicht tragen, weil sie nicht verpflichtet und auch nach der neuesten Novellierung nicht berechtigt sind, die Kosten für vorbeugende Heilmassnahmen zu tragen, andererseits die Inanspruchnahme der Landesversicherung mit großen Unbequemlichkeiten und Zeitverlusten verbunden ist. Diese Tatsachen sind um so bedauerlicher, als gerade die Zahnsteinentwicklung eine der Hauptursachen für die Schädigung des Gebisses darstellt. Man muß betonen, daß gerade für die Angehörigen des Malerberufes der gute Zustand des Gebisses eine bringende Notwendigkeit ist, um ihre Gesundheit und ihre Arbeitsfähigkeit auch noch in späteren Jahren zu erhalten, gerade weil sie durch ihren Beruf gewerblichen, gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt sind, die sich zuerst im Munde, am Zahnfleisch und den Kaumuskeln bemerkbar machen.

Der Bericht sollte die Beachtung auch aller Kollegen finden, er wird manchem etwas zu sagen haben. Wünschenswert ist, daß bei späteren Berichten die Angaben auch mit einigen Zahlen belegt werden, die jahrelang fortgeführt und ergänzt, später einmal von großer Bedeutung sein können; in ihnen wird sich der Gesundheitszustand der im Malergewerbe beschäftigten Gehilfen vorzüglich widerspiegeln.

### Stegerwald ist eine Tragödie für die deutsche Wirtschaft

Die Verelendung der Arbeiterklasse scheint ihren tiefsten Punkt noch nicht erreicht zu haben. Noch immer werden Maßnahmen zwecks Senkung der Löhne getroffen, ohne daß die Wirtschaft dadurch irgendwie einen Vorteil erzielte. Was hat man uns alles für günstige Wirkungen durch die Lohn- und Gehaltskürzungen versprochen? Das Resultat zeigt sich darin, daß der Arbeitsmarkt selbst im Frühjahr eine nur ganz geringe Entlastung erfährt. In der Nummer 204 des „Vorwärts“ stellt Anton Erkelenz fest, daß wir uns auf dem Wege des kollektiven Selbstmordes befinden. Er geht aus von dem Tatsachennachweis, daß die deutschen Löhne zu keiner Zeit seit 1924 überhöht waren, daß die Lohnbelastung je Stück, je Stunde usw. in den letzten Jahren geringer war als 1913. Und als Beispiel führt er an, daß in dem Vorigen-Wert die Produktion auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter von 5700 M im Jahre 1929 auf 12 400 M im Jahre 1931 gestiegen ist. Der erhöhten Produktion um das Doppelte stand eine geringe Vermehrung des Verdienstes gegenüber. Die ganze Arbeitgeberwelt, so führt Erkelenz weiter aus, einschließlich des Reichsarbeitsministers, halten die Senkung der Löhne als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, in Wirklichkeit ist es ein volkswirtschaftlicher Irrtum. Wörtlich heißt es:

„Bei dem Minister ist das um so tragischer, weil er als ehemaliger Brentanoschüler es besser wissen müßte, wenigstens soweit der volkswirtschaftliche Irrtum in Frage steht. Brentano schrieb in der Krise 1873 gegen die von dem preussischen Finanzminister Camphausen geforderten Lohnsenkungen seine Schrift: „Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung.“ 1932 sieht ein Brentanoschüler als Minister in den Lohnsenkungen einen Weg zur



Besendung der Wirtschaft! Die Menschheit ist vergehtlich. Und Stegerwald ist eine Tragödie für die deutsche Wirtschaft, gerade weil er energisch und mutig ist.

Diese Ausführungen kann man restlos unterschreiben. Die Verschlechterung der Kaufkraft durch Lohnsenkungen ist nicht nur ein volkswirtschaftlicher Unsinn, sondern ein großes Verbrechen. Eine Politik in dieser Richtung führt zum kollektiven Selbstmord. Erkelenz trifft das Richtige, wenn er den Engländer Keynes folgen lassen will: „Wenn wir Sparbarkeit auf allen Gebieten zu ihrer logischen Konsequenz durchzuführen, werden wir schließlich finden, daß wir das Budget auf beiden Seiten mit Null balanciert haben, und werden dann alle platt auf dem Rücken liegen, weil wir vor Hunger sterben!“ Die Lohnsenkungsmaßnahmen waren ein Experiment, das den Niedergang der deutschen Wirtschaft verschärft. Angesichts dieser offensichtlichen Tatsache, wäre eine Umkehr das dringendste Gebot der Stunde. Es ist ein hartes Urteil über Stegerwald, wenn man ihn als eine Tragödie für die deutsche Wirtschaft bezeichnet. Aber diese Feststellung ist berechtigt. Entschlossene Umkehr auf diesem falschen Wege könnte vieles bessern.

### Wohlbefindlichkeit der Menschenbehandlung im Betriebe

Von D. Seiersdorf.

Das Thema Menschenbehandlung wird aus vielen Gründen nur sehr ungenügend in der Geschäftswelt berührt. Sie ist einerseits der Meinung, Menschenbehandlung gehöre zu den intimen Angelegenheiten des Betriebes, über die die Öffentlichkeit nicht sprechen solle. Andererseits wird behauptet, die Menschenbehandlung bedeute die Ethisierung der Industrie, was man ablehnen möchte. In Betrieben kommen ja nur wirtschaftliche Momente in Betracht. Auch herrscht die Anschauung vor, daß der Betrieb mit einer Seite des Menschen — seiner Leistungsfähigkeit — zu tun habe und sich deshalb mit dem Menschen als solchen eigentlich nicht zu befassen brauche. Ferner führt die moderne Technik, die durch sinnvolle Apparate die Leistungen der menschlichen Hand- und Kopfarbeit in vielen Fällen überflüssig macht, zu dem Trugschluß, daß die Menschenbehandlung ein überflüssiges Problem sei, da man sich ja durch Anschaffung von Maschinen immer mehr vom Personal „befreie“.

Trotzdem die Arbeitgeber aber mit allen möglichen Argumenten dem Problem Menschenbehandlung ausweichen möchten, drängt es sich immer mächtiger aus. In der allerjüngsten Zeit wurde es zum Gegenstand vieler Erörterungen. Es ist somit zur aktuellen Frage geworden. Die durch wirtschaftliche und soziale Verhältnisse bedingte Einteilung der Menschen in die herrschende und die beherrschte Klasse hat während Jahrtausenden eine ganz bestimmte Art der Behandlung der letzteren durch die ersteren zur Folge gehabt. Die menschlichen Macht- und Herrschaftsgelüste tobten sich in der Unterdrückung der gänzlich Machtlosen aus, denen jedes Recht auf Klage und damit die Möglichkeit der Aenderung ihrer Lage untersagt war. Die französische Revolution, die zuerst auf ihre Banner jene Worte setzte, die die frühere Gesellschaftsordnung erschütterte, und die die Rechte des Bürgers und der Menschen zuerst proklamierte, hat somit die erste Bresche in die uneingeschränkte Macht des Arbeitgebers über den Arbeitnehmer geschlagen. Ein Lehrsaal, vor dem alle gleich sind, wurde für obligatorisch erkannt, und die Auslieferung eines Menschen an einen andern auf Gnade oder Ungnade wenigstens nominell unmöglich gemacht.

Seit dieser Zeit hat die fortschreitende politische Demokratisierung der menschlichen Gesellschaft vieles geändert. Der Analphabetismus der Massen hat in den letzten Jahrzehnten stark abgenommen und gehört in den europäischen Ländern zur Ausnahme. Die Fortbildungs- und Volkshochschulen, die Popularisierung der Wissenschaften, haben in den weiten Schichten der Bevölkerung große Aufklärungsarbeit geleistet, und sie geben immerhin dem Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich Kenntnisse zu erwerben, die ihm nützlich erscheinen und ihn auf dem Laufenden über die politischen und sozialen Ereignisse erhalten. Die geistige Kluft zwischen dem nur elementar gebildeten Arbeiter und dem hochschulgebildeten Arbeitgeber wird auf diese Weise vermindert. Mit dem Moment, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieselbe Zeitung lesen und sich für dieselben Tagesereignisse interessieren, muß

notwendigerweise in ihren gegenseitigen Beziehungen, wenn nicht nach außen, so doch innerlich, eine gewisse Angleichung stattfinden. Die technische Entwicklung hat ebenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet einen Ausschlag erzeugt, der es der ärmeren Bevölkerung ermöglicht, sich Gegenstände zu verschaffen, die sich früher nur die Reichen leisten konnten. Hier wirkt besonders die Massenproduktion demokratisierend, indem die billigen Imitationen kostbarer Gegenstände (Pelze, Edelmetalle, Seide usw.) auch den weiteren Bevölkerungsschichten äußerlich einen Anleichen an die höheren Klassen gestatten.

Eine weitere Verminderung dieses Abstandes wird durch die Berufspsychologie veranlaßt. Sie stellt fest, daß die Einteilung in hohe und niedere Berufe vom psychologischen Standpunkt aus falsch ist, daß diese eine Bezeichnung für die soziale Stellung der Berufe, aber keineswegs für ihren inneren Unterschied sei. (Baugarten, F., Die Berufsseignungsprüfungen.) Diese Tatsache ist zwar nicht überall anerkannt, und die Kreise der bisherigen „höhen“ Berufe stehen ihr feindlich gegenüber, aber diese Erkenntnis, die von den Arbeitnehmern schnell aufgegriffen wurde, hat für das Selbstbewußtsein der letzteren eine große Bedeutung erlangt; denn sie gibt ihnen einen Rückhalt und eine Rechtfertigung ihrer Forderungen nach Ausgleich der sozialen Klassen.

Die riesige Entwicklung der Gewerkschaft läßt die organisierten Arbeitnehmer ihre Macht fühlen und sie auch ausüben. Der Arbeiter, früher nur „lebendiges Produktionsmittel“, wurde zum Menschen. Parallel mit den Bewegungen der politischen Demokratisierung und sozialen Aufklärung ging die technische Entwicklung. Sie hatte mannigfache Wirkungen auf die Beziehungen der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern. Während früher ein Arbeitnehmer größtenteils Handarbeit zu leisten hatte und meist nur für ein Stück Arbeit die Verantwortung zu tragen hatte, sind ihm im modernen Betrieb oft Maschinen anvertraut, durch die bei vernachlässigter Ueberwachung der ganze Betrieb stillgelegt werden kann. Der Arbeitgeber ist auf diese Weise vom guten Willen des Arbeiters in höherem Maße als früher abhängig. Die Spanne, die durch sozial vertrieben gewertete Arbeiten des Arbeitnehmers und -gebers besteht, verringerte sich.

Aus all diesen Gründen steht jetzt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ganz anders gegenüber als früher. Er hat, wenigstens theoretisch, nicht mehr Rechtschutts als der Arbeitnehmer; die absolute, rückwärtslose Macht über ihn hat er verloren; in psychischer Hinsicht hat sich der Abstand verringert; er kann sich nicht mehr als der „Aufgeklärte“ gegenüber der „dunklen“ Masse fühlen. Er muß sich Fragen stellen, die seinen Ahnen ganz unbekannt waren. „Wie weckt und erhält man die Arbeitsfreude?“ usw. Auch sein Vertreter im Betriebe, Betriebsleiter, Obermeister, Werkmeister, muß mit den Arbeitnehmern Hand in Hand gehen. Anstreben wie in früheren Zeiten genügt nicht, es muß ein gutwilliges Einverständnis erzielt werden. Auf diese Weise kommt der Vorgesetzte überhaupt zur Frage der Menschenbehandlung, das heißt einer Beeinflussung der Menschen durch rein psychische Mittel, damit er sie, ganz kraft ausgedrückt, für seine Zwecke auszunutzen vermag. Jeder moderne Betrieb stellt eine Kollektivität, ein soziales Gebilde dar, und die Aufgabe seines Leiters besteht darin, diese Kollektivität zu einem harmonischen sozial-organischen Ganzen zu entwickeln. Sie besteht in dem Lenken und Koordinieren der menschlichen Beziehungen in jeder Organisation zum Zwecke des Erzielens des Maximums der Leistung mit dem Minimum der Interessen und des Wohles der Arbeiter. Das dauernde Bemühen des Leiters muß darin bestehen, daß er alle an einem Werte beschäftigten Personen zu ständiger gegenseitiger Anpassung bringt. Somit wird der Frage des Personals eine ganz andere Beachtung geschenkt als zu der Zeit, wo diese Tatbestände noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung erkannt worden waren. Die Entwicklung der Technik in der Neuzeit beziehungsweise ihre gewaltigen Fortschritte erfordern jetzt eine ganz andere Inanspruchnahme des Menschen als früher. Der Vorgesetzte muß wissen, auf welche Weise er auf den Arbeiter einwirken kann, damit er willig sein Bestes gebe zwecks Erzielung möglichst großer Leistungen. Aufgabe des Problems „Menschenbehandlung“ ist es also einerseits, die Arbeitnehmer innerlich höher zu bringen und ihnen ihren Anteil an der Gemeinschaftsarbeit bewußt zu machen, andererseits die Vorgesetzten zu einer gerechten Behandlung des Arbeiters anzuleiten.

### Flächenbelegung auf Gips und Marmorzement

Unsere heutige schnelle Zeit verlangt von den Menschen oft Unmögliches. Das Schnell, Sauber und Billig läßt sich nicht immer wie gewünscht, gut zusammenbringen. Aber der Mensch ist sehr erfindertisch. Auf allen Gebieten sieht man Neuerungen. Auch in Bezug auf Wandbekleidung ist man dabei, völlig Neues zu schaffen. Die Maler kennen von früher her die Rammzug-, Lasur- und Kleiferttechnik. Diese Techniken haben sich jedoch schnell überlebt. In der Praxis hat sich der Delfarbanstrich fast immer als das Gegebene erwiesen. Wenn ein Teil Auftragsgeber diesen wegen des Glanzes verwerfen, so wohl deshalb, weil ihnen noch nicht bekannt ist, daß es Zusatzmittel gibt, die die Delfarbe vollständig stumpf machen. Es soll aber hier nichts weiter über die Delfarbe bemerkt werden, vielmehr einiges zum Phantasiemarmor und der Flächenbelegung auf Gips und Marmorzementputz. Bei der Herstellung von Gipsmarmor verfährt man in folgender Weise:

Decke und Wand werden mit Kaltmörtel fertig gepust. Sodann zieht man die Oberfläche mit reinem oder leicht gefärbtem Gips auf. Dieser muß gut geglättet werden. Nun teilt man die Fläche in hochstehende Tafeln ein und zieht mit einer Weisfeder die Ruten und Fugen ein. Jetzt werden mit einem Spachtel oder einer Ziehflinge in der Art des Marmors breite Partien etwa 1 mm tief herausgekratzt. Die ausgekratzten Stellen werden darauf mit einem etwas kräftiger gefärbten Gips gefüllt und wieder geglättet. Die weitere Arbeit ist nun,

dem Marmor etwas markante Stellen zu verleihen. Dazu werden mit einem etwas schmaleren Spachtel dünnere Partien herausgekratzt, die mit kräftiger gefärbtem Gips gefüllt werden. Zum Schluss kann man noch weitere Feinheiten anbringen, indem man mit einem Nagel die feinsten Partien einritzt und wieder mit entsprechend gefärbtem Gips füllt. Wenn alle Vertiefungen mit Gips ausgefüllt sind, so daß eine glatte Fläche vorhanden ist, muß die Masse gut durchtrocknen. Trennen sich die einzelnen Matten zu wenig, so kann mit Bierlasur nachgeholfen werden. Die Lasur läßt sich leicht mit einem Schwamm auftragen. Dabei werden die Nebenplatten mit Schablonenpapier abgedeckt. Ehe die Lasur aufgetragen wird, muß die Fläche mit allerfeinstem Sandpapier geschliffen werden. Man hat es auch in der Hand, zu kräftig lasierte Stellen mit Sandpapier weicher zu gestalten. Ist die so entstandene marmorähnliche Masse gut trocken, wird sie poliert oder gewachst.

Bei der jetzt folgenden Beschreibung handelt es sich nicht um künstlichen Marmor, sondern um eine durchwirkte, leichte Flächenbelegung ohne Einteilung. Die Wände werden, wie vorstehend, mit Kalkmörtel gepust und später mit Gips aufgezogen. Dieser kann rein, aber auch leicht gefärbt sein. Nachdem die Masse trocken ist, wird sie sauber geschliffen. Dann wird diese mit einer leichtgefärbten Bierlasur mit einem nicht zu feinen Schwamm tupfend und wischend aufgetragen, so daß leichte, wolkenartige Partien entstehen. Wenn diese Lasur und der Grund gut trocken sind, wird gewachst oder poliert. Eine so behandelte Fläche wirkt äußerst ruhig, ja vornehm.

Die Arbeit läßt sich in Gips und auch in Marmorzement ausführen. Es dürfen nur kalt- und lichtechte Farben, oder sogenannte Zementfarben verwendet werden. Der Zement läßt sich gleichfalls plätten und polieren, er läßt sich aber auch mit einem reinen Kopallack, stark verdünnt, vorstreichen, und wenn trocken, wachsen. Der Lack darf keinen Firnis enthalten, da dieser auf Zement verfeilt.

Mit etwas Geschicklichkeit lassen sich auf die oben beschriebene Weise sehr nette Arbeiten herstellen. Nur etwas Mut und Ausdauer, und die Sache wird schon gehen. G. J.

## Sozialpolitisches

### Gewaltige Einkommensverluste der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland betrug im ersten Vierteljahr 1932 nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung 6½ Milliarden. Der Einkommensverlust wird um ein Viertel geringer sein als im ersten Vierteljahr 1931. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im dritten Vierteljahr 1929 mit 11,3 Milliarden wird das Arbeitseinkommen in den ersten Monaten dieses Jahres um 12% auf 58% sinken. Diese Zahlen sind erschreckend. Man merkt es an allen Ecken und Enden, die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands schreitet im riesigen Umfang fort. Es wird darüber gestritten, ob der Einkommensrückgang die Krise verschärft oder umgekehrt. Kein Zweifel darf darüber bestehen, daß das ganze Wirtschaftsleben in eine Stodung geraten muß, wenn der größte Teil der deutschen Bevölkerung, die Lohn- und Gehaltsempfänger, in ihrer Kaufkraft derartig geschwächt werden. Man fragt sich nur, was werden wird, wenn es in diesem Tempo so weitergeht. Bessert sich das Einkommen nicht wesentlich, so dürfte der Einkommensverlust im Jahre 1932 gegenüber 1929 etwa 20 Milliarden betragen. Die Arbeitslosigkeit würde gering oder ganz verschwunden sein, wenn die fehlenden 20 Milliarden als Kaufkraft auf dem Warenmarkt in Erscheinung treten könnten. Was die Gewerkschaften seit Jahren fordern: Einhalt der Lohn- und Gehaltsverluste und Aufbau der inländischen Kaufkraft, ist der einzige Weg zur wirtschaftlichen Gesundung.

### Die überseeische Auswanderung aus Deutschland dem Nullpunkt nahe.

Gegenüber den hohen Auswandererziffern der Vorkriegs- und ersten Nachkriegsjahre hat sich die überseeische Auswanderung aus Deutschland im Jahre 1931 mit insgesamt 13 700 Auswanderern beinahe dem Nullpunkt genähert. Gegenüber dem Vorjahr ging die Auswanderung nach Übersee um 63,4% zurück, trotzdem bereits das Vorjahr eine außerordentlich niedrige Auswanderungsquote zu verzeichnen hatte. Auf 100 000 Einwohner kommen gegenwärtig nur 21 Auswanderer. Der starke Rückgang der Auswanderung nach Übersee dürfte weniger mit einem Nachlassen der Auswanderungslust als mit den wachsenden Erschwerungen der Einwanderung, die die Überseeeländer zum Schutz ihres Arbeitsmarktes treffen, erklärt werden. So hatten im letzten Jahre volle oder zeitweilige Einwanderungsverbote Australien, Neuseeland, Chile, Guatemala, während eine Reihe anderer Länder Einwanderungsverbote für bestimmte Berufsgruppen hatten. In Kanada, Mexiko, Brasilien, Peru, Panama, Tunis. In anderen Ländern wurde die Einwanderung durch Bestimmungen über den Nachweis eines erheblichen Vermögensbetrages oder durch sonstige verschärfte Einreisebestimmungen erschwert. Auch auf dem Gebiet der internationalen Wanderungen erlebten wir so im letzten Jahre den fortschreitenden Auflösungsprozess der Weltwirtschaft.

### Anfangreiche Zollerbhörungen.

Die Hamburger Handelskammer veröffentlicht in ihren Mitteilungen eine Zusammenstellung über die Zollerbhörungen in letzter Zeit. Sie führt 94 Staaten bzw. Zollgebiete auf. Von diesen haben 52 in der letzten Zeit Zollerbhörungen vorgenommen. Meistens befindet sich unter der Rubrik „Handelspolitische Einfuhrerschwerungen“

## Albert Thomas †

Am 8. Mai starb in Paris infolge eines Schlaganfalles der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas. Er ist nur 54 Jahre alt geworden. In den zwölf Jahren, in denen Thomas an der Spitze des Internationalen Arbeitsamtes stand, haben sich seine ungewöhnlichen Fähigkeiten und seine internationale Gesinnung auf das Beste bewährt. Rastlos tätig, gelang es ihm, manche Schwierigkeiten, die besonders auch dem internationalen sozialpolitischen Wirken entgegenstanden, zu überwinden. So wurden eine große Anzahl sozialpolitischer Gesetzentwürfe in den letzten Jahren von allen, oder mindestens den maßgebenden Ländern, ratifiziert. In den letzten Monaten beschäftigte sich der Verstorbene besonders mit dem Problem der internationalen Arbeitsbeschaffung, für dessen Lösung er sich entschieden einsetzte.

Thomas war der Sohn eines kleinen Bäckermeisters in der französischen Provinz. Veranlagung, Begabung und Fleiß bewirkten, daß er ein bekannter sozialistischer Politiker wurde, der es zum Abgeordneten und Minister brachte. Mit Albert Thomas hat die internationale Gewerkschaftsbewegung, hat aber vor allem das Internationale Arbeitsamt einen schweren Verlust erlitten.

folgender Vermerk: „Anfangreiche Zollerbhörungen wurden vorgenommen. Teilweise sind Verdoppelungen von Zollsätzen erfolgt.“ Daneben gehen Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen einher. Kurzum diese Zusammenstellung zeigt, daß der Weltmarkt heute nur noch ein Trümmerfeld vorfindet. Genau so einschneidend wie die Zollerbhörungen, wirken sich die Devisenbeschränkungen aus. Es ist ein Jammer zu welchen Folgeerscheinungen diese Wirtschaftskrise führt.

## Wirtschaftspolitik

### Der Fünfjahresplan für den Bau internationaler Autostraßen.

In Mailand tagte kürzlich der zweite Internationale Autostraßenkongress. Einberufen war das Internationale Autostraßenamt in Genf. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, hatte der Konferenz einen Fünfjahresplan für den Bau eines internationalen Autostraßennetzes von insgesamt 14 000 Kilometer vorgelegt. Die Konferenz hat den Vorschlag von Thomas angenommen und will ihn zur Grundlage für die zukünftigen Arbeiten machen. Wenn der Plan in Angriff genommen wird, würde er im Jahre 1933 37,5 Millionen Arbeitstage, im Jahre 1934 93,5 Millionen, im Jahre 1935 112 Millionen, im Jahre 1936 131 Millionen und im Jahre 1937 150 Millionen Arbeitstage benötigen. Wenn man je Mann 200 Arbeitstage im Jahr zugrunde legt, so würden im ersten Jahr 180 000, später 468 000, 568 000 und in den beiden letzten Jahren sogar 655 000 Personen Beschäftigung finden. Zur Finanzierung des Planes macht Albert Thomas darauf aufmerksam, daß bei einem Brennstoffverbrauch Europas von etwa 10 Milliarden Liter jährlich, eine Abgabe von 3 bis 4 Centimes für die Amortisation der erforderlichen Kapitalien in 15 bis 20 Jahren ausreichen würde. Das Land müßte allerdings von den Staaten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Jedenfalls liegt hier ein Projekt vor, das als Arbeitsbeschaffungsplan im internationalen Maßstab dienen kann.

### Die deutsche Industrie weiter schlecht beschäftigt.

Die Frühjahrssaisonbelegung ist in einer großen Reihe von Industrien diesmal fast ganz ausgeblieben. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug die Arbeiterplatzkapazität im März 41,1%. Die Zahl der geleisteten Stunden hat sich von 34,4 auf 34,9% der Arbeiterstundentkapazität erhöht. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug im März 6,90 Stunden gegen 6,76 im Februar. Die Besserung in den Verbrauchsgüterindustrien vermochte den Rückgang in den übrigen Industriezweigen kaum auszugleichen. Deshalb die geringe Entlastung des Arbeitsmarktes.

## Verständnisse

### Die Vertretung des Malergewerbes im Preussischen Landtag.

In den Preussischen Landtag wurden auch vier Malermeister gewählt, die vier verschiedenen Parteien angehören. Zur Sozialdemokratischen Partei gehört Karl Stephan, Hildesheim; zur Zentrumspartei zählt sich Gustav Altgoer, Bochum; der Deutschen Nationalen Volkspartei gehört Friedrich Bayer, Waldenburg, an und den Nationalsozialisten Richard Mandebach, Siegen. Früher im Malergewerbe Beschäftigte, die dem Landtag angehören, gibt es allerdings noch mehr, es sei nur an Leinert, Hannover, erinnert, den früheren Vorsitzenden des Verbandsauschusses, Köhle, Frankfurt a. M., und andere, die der Sozialdemokratischen Fraktion angehören.

Die Kultur-Abteilung des ADBB. in Leipzig veranstaltet auch im Jahre 1932 Reisen nach dem In- und Ausland und ist gern bereit, den bisherigen Teilnehmern der Reisen des Reichsausshusses für sozialistische Bildungsarbeit die günstigsten Bedingungen einzuräumen. Frühere Reisetilnehmer und neue Interessenten können Drucksachen abfordern von der Kultur-Abteilung des ADBB, Ortsausshuß Leipzig C. 1, Zeißer Straße 32.

Vom 15. Mai bis 21. Mai ist die 20. Beitragswoche. Vom 22. Mai bis 28. Mai ist die 21. Beitragswoche.

### Guter Auslandsbesuch der Leipziger Frühjahrsmesse 1932.

Nachdem auch die letzten Meldungen der ausländischen Vertretungen des Leipziger Messamtes vorliegen, läßt sich die genaue Zahl der geschäftlichen Auslandsbesucher der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse nunmehr feststellen. Sie beträgt 16 385. Das ist in Anbetracht der Weltwirtschaftslage und der Handelshemmnisse, durch die eine sehr große Zahl ausländischer Staaten die Einfuhr erschweren, ein recht erfreuliches Ergebnis, zumal es sich gezeigt hat, daß die ausländischen Geschäftsleute nicht nur zu Informationszwecken gekommen waren, sondern tatsächlich in beträchtlichem Umfang gelaufen haben. Von insgesamt 16 385 Auslandsbesuchern kamen 15 269 aus europäischen Ländern, 705 aus Nordamerika, 124 aus Mittel- und Südamerika, 208 aus Asien, 57 aus Afrika und 22 aus Australien.

## Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

### Gebrauchsmuster.

Nr. 75c. 1 215 946. Farbentopf für Bodenauspuß der Fußbekleidung im Schuhmacherhandwerk. Johann Schwerdt, Altona-Blankenese, Bl. Hauptstraße 16, und Ernst Quendt, Hamburg 23, Eisbecktal 19.

Nr. 9b. 1 215 725. Abwaghbürste, insbesondere für Maler. Alfred Rade, Heidenheim, Brenz.

Nr. 75. 1 216 668. Ranne mit einstellbarer Inhaltsangabe, insbesondere für Malergeschäfte. Alfred Muchow, Belgard, Perjante.

### Angemeldete Patente.

Nr. 22h. B. 93. 30. Verfahren zur Herstellung von lufttrocknenden Lacken. Bakelite G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstraße 32.

Nr. 22g. T. 254. 30. Rostschutzmittel. Rudolf Traut, Mülheim an der Ruhr, Friedrichstraße 69.

Nr. 22g. B. 149 317. Verfahren zur Herstellung einer dauernd haltbaren Bleimennige-Farbe. Firma Louis Blumer, Zwicau in Sachsen.

Nr. 15i. J. 38 940. Verfahren zur Herstellung konzentrierter Lösungen von Farblacken. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt am Main.

Nr. 42n. J. 32 623. Lehrmittel zur Darstellung von Farbmischungen. Dr. Alfred Joseph, Düsseldorf-Rath, Rotherbroichstraße 2a.

## Fachliteratur

### Malerjugend Nr. 5.

Diese neueste Nummer der „Malerjugend“ trägt das Gepräge der Verbünd. In großen fetten Lettern bringt die Titelseite das stets noch wirkungsvolle Gelöbnis, das die arbeitende Jugend aus Rheinland und Westfalen auf einer Rundgebung in Düsseldorf im Jahre 1926 ablegte. In einem eindringlichen Aufsatz wendet sich die Jugendabteilung wendend an die Schulentlassenen. An einer andern Stelle findet sich das Wichtigste, was der Neuling von der Jugendabteilung des Verbandes wissen muß, so über die Aufnahmebedingungen, den Beitrag und die wichtigsten Leistungen des Verbandes. Von großer Wichtigkeit ist das auch im „Maler“ veröffentlichte Werkspreisanschreiben. Es wird, weil es vieles und Wertvolles verspricht, seine Wirkung nicht verfehlen. Ein Aufsatz wirbt für das Wandern unter den Schulentlassenen. Weitgehende Beachtung verdient das wiedergegebene Notprogramm der Jugendpflege, aufgestellt vom Reichsausshuß der deutschen Jugendverbände und an das Reichsinnenministerium gerichtet. Viel belacht werden wird sicher das Erlebnis eines Kollegen aus seiner lange zurückliegenden Lehrzeit: „Die Großvaterhose mit Lüftungsklappe.“ Mit einem eingestreuten Maigedicht, einem Aufsatz, der zum Wilhelm-Busch-Studium aufmuntert, einer Mar-Klinger-Anekdote, Berichten aus Jugendabteilungen, einigen Abbildungen aus dem Leben und der Tätigkeit der Jugendabteilungen, die dem noch Fernstehenden einen kleinen Eindruck vermitteln, mit einem wiedergegebenen Wandbildentwurf ist diese Nummer nicht nur werbend, sondern auch wieder belehrend, anregend und interessant. Es wird Aufgabe der Verbandsmitglieder sein, auch das letzte Exemplar der diesmal 20 000 betragenden Auflage so an den Mann zu bringen, daß der Zweck, die Jugendabteilung des Verbandes entscheidend zu vergrößern, voll erreicht wird.

## Literarisches

Der „Vollfunk“, die anerkannt modernste und am besten ausgestattete Wochenchrift für alle Radiolörer, wagt auch im letzten Heft die erfolgreiche Linie. Neben dem großen Europaprogramm, den illustrierten Sendeeinführungen und kritischen Betrachtungen wird beste Familienunterhaltung in reichgeheilten und spannend geschriebenen Reportagen geboten. Der Postmeister gibt den Freunden der Radiotechnik wie immer wertvolle Ringerzeige. Trotz bester Ausgestaltung in Tiefdruck kostet das 48 Seiten starke Heft im Einzelbezug 25 S., monatlich 90 S. und 6 S. Aufschlaggebühr. Der „Vollfunk“ kann bei der Post, von der Buchhandlung oder beim Vollfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, bestellt werden.

Eine neue Werbepremie wird in dem jetzt vorliegenden Heft der Zeitschrift „Die Buchergilde“ angezeigt. Diese neue Werbepremie, „Die Porzellanstadt“, ein Arbeiterroman aus Rußland von Alexander Bergobol, wird für die Werbung von zwei neuen Mitgliedern abgegeben. Außer der Anknüpfung dieses Buches enthält die Zeitschrift, die den Mitgliedern der Buchergilde jeden Monat kostenfrei zugeht, eine feinsinnige Erzählung von Martin Andersen-Neser und andere Novellen. Die Abbildungen sind in gewohnter Weise mit Sorgfalt und künstlerischem Empfinden ausgewählt. Meldet euch bei den Funktionären der Buchergilde als Mitglieder an.